

Stadt Haan

Niederschrift über die

4. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, Organisation und Personal der Stadt Haan

am Donnerstag, dem 02.12.2021 um 17:00 Uhr
in der Aula des städt. Gymnasiums Haan, Adlerstr. 3

Beginn:
17:00

Ende:
18:45

Vorsitz

Stv. Jens Lemke

CDU-Fraktion

Stv. Anette Braun-Kohl
Stv. Gerd Holberg
AM Manfred Kupke
AM Volker Lowitsch
Stv. Folke Schmelcher

Vertretung für Stv. Morwind

SPD-Fraktion

Stv. Felix Blossey
Stv. Jörg Dürr
Stv. Jens Niklaus
Stv. Bernd Stracke

Vertretung für AM Twellmeyer

WLH-Fraktion

Stv. Thomas Höhne
Stv. Meike Lukat
Stv. Sonja Lütz

Vertretung für AM Dr. Fritz
ab TOP 2 / 17:05 Uhr

GAL-Fraktion

AM Uwe Elker
Stv. Nicola Günther
Stv. Tabea Haberpursch

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

Vertretung für AM Sawukaytis

Schriftführung

StAR Sabine Schumacher

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

online

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

Techn. Beigeordnete

Beigeordnete Christine-Petra Schacht

Verwaltung

StOVR'in Doris Abel

StBR Carsten Schlipkötter

StOVR Gerhard Titzer

StA Anja Esser

VA Stefan Hübner

VA Alex Lüttgen

StA Michael Runge

Der Vorsitzende Jens Lemke eröffnet um 17:00 Uhr die 4. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, Organisation und Personal der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung:

Zu TOP 1.5. beantragt Stv. Lemke, den Tagesordnungspunkt 4.5 vor dem Tagesordnungspunkt 4.4 zu beraten, damit Herr Schlipkötter bei der Beratung noch mit dabei sein und bei seinem eigenen TOP den Saal verlassen könne. Des Weiteren komme das Thema „WLAN an Haaner Bahnhöfen“ als TOP 8 hinzu, so dass sich die weiteren TOP's jeweils um eine Ziffer nach hinten verschieben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Öffentliche Sitzung

1./ Formalien

1.1. Eröffnung der Sitzung

/

1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

/

1.3. Feststellung der Anwesenheit

/

1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit

/

1.5. Feststellung der Tagesordnung

/

2./ Rats- und Ausschusssitzungen im Livestream Vorlage: 10/057/2021

Protokoll:

Stv. Lukat fragt nach den aktuellen Zahlen der Abfrage.

StOVR Titzer verweist auf eine Mail von Herrn Jonke vom heutigen Tage, woraus folgende Zahlen hervorgingen:

143 Personen wurden befragt,
68 Personen haben geantwortet,
56 Personen sind für, und
12 gegen

die Einführung des Livestreams.

Stv. Lukat meint, dass die Aufrechterhaltung des Antrags vor dem Hintergrund der Zahlen keinen Sinn mache. Deshalb bittet sie darum, dass die derzeit wegen Corona praktizierte Vorgehensweise weiter beibehalten werden solle.

Stv. Braun-Kohl stimmt dem zu, wenn es bspw. so laufe wie in der gestrigen Ausschusssitzung.

Stv. Stracke möchte gerne seine Fraktion hierzu befragen und meldet entsprechenden Beratungsbedarf und eine Vertagung der Entscheidung in die Ratssitzung an.

Bürgermeisterin Dr. Warnecke berichtet, dass sie die derzeitige Form auch schon als Zuschauerin verfolgt und es tlw. eine schlechte Akustik gegeben habe. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass, wenn die jetzige Form beibehalten werden solle, dies auf Dauer nicht mehr vom Schriftführer betreut werden könne, sondern dass hierfür zusätzliches Personal benötigt werde.

Stv. Lukat bittet die Verwaltung, entsprechende Vorschläge zu erarbeiten.

Bürgermeisterin Dr. Warnecke sagt dies zu und bittet jetzt schon um entsprechende Deckungsvorschläge.

Beschluss:

Es wurde Beratungsbedarf bis zur Sitzung des Rates angemeldet. Eine Beschlussempfehlung erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

3./ Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (gpa NRW) Vorlage: 10/058/2021

Protokoll:

Stv. Lukat fragt, wie viele Stellen sich gerade in der Bewertung befänden. Gleichzeitig möchte sie wissen, wie es in diesem Zusammenhang mit einer Aufgabenkritik aussähe.

StOVR Titzer berichtet, dass derzeit ca. 22 Stellen bewertet würden. Die KGSt sei hierin sehr erfahren. Insgesamt würden Stellen bei Wechseln häufig bewertet und damit gleichzeitig einer Überprüfung durch die Fachämter unterzogen.

Stv. Ruppert meint, dass sich die Anmerkung der GPA, dass die Stadt Haan ihren Konsolidierungskurs fortsetzen müsse, im Stellenplan nicht widerspiegele. Die GPA sei von guten Einnahmen ausgegangen, jedoch habe sich diese Situation völlig verändert, so dass Einsparungen und Umorganisationen erforderlich seien.

Stv. Braun-Kohl stellt fest, dass die Politik mit der Verwaltung zufrieden sein könne

Beschlussvorschlag:

1. Der Bericht über die überörtliche Prüfung der Stadt Haan im Jahr 2020 der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (gpa NRW) wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Rat der Stadt Haan beschließt die Stellungnahme der Verwaltung gem. § 105 Abs. 7 GO NRW. Die Verwaltung wird beauftragt, die Stellungnahme an die gpa-NRW sowie die Aufsichtsbehörde zu senden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

4.1. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2022

/ hier: Aufnahme einer Teilzeitstelle „Koordination kinderfreundliche Kommune“ mit einem Stellenanteil von 0,5 im Stellenplan 2022
Vorlage: 10/066/2021

Protokoll:

Bürgermeisterin Dr. Warnecke stellt fest, dass die Stelle „Koordination kinderfreundliche Kommune“ von den bisherigen Ausschüssen zwar positiv aufgenommen worden sei, es seither aber einen neuen Stellenvorschlag aus der Politik gäbe. Deshalb schlägt die Verwaltung zugunsten dieser Stelle vor, auf die Stelle „Koordination kinderfreundliche Kommune“ als Einsparungsvorschlag zu verzichten und diese ggf. zu einem späteren Zeitpunkt erneut einzubringen.

Stv. Lukat bittet darum, die Entscheidung in den HFA zu verschieben, damit der Vorschlag in den Fraktionen beraten werden könne.

Beschluss:

Die Verwaltung schlägt vor, die Stelle zu späterer Zeit in den Stellenplan aufzunehmen und aus dem aktuellen Stellenplan 2022 herauszunehmen.

Eine Beschlussempfehlung erfolgt hierzu nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

4.2. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2022

/ hier: Dauerhafte Anhebung des Stellenanteils bei der Stelle 51/112 (Fachberatung KiTa) im Stellenplan 2022 von derzeit 0,5 auf 0,8 Stellenanteile
Vorlage: 10/067/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die dauerhafte Anhebung des Stellenanteils bei der Stelle 51/112 (Fachberatung KiTa) im Stellenplan 2022 von derzeit 0,5 auf 0,8 Stellenanteile.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

4.3. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2022

/ hier: Auswirkungen der Neuorganisation des Amtes 20 auf den Stellenplan 2022

Vorlage: 10/064/2021

Protokoll:

Stv. Lukat kann die Argumentationen in der Vorlage nicht nachvollziehen und sieht keine zwingende Notwendigkeit zur Einrichtung der zusätzlichen Stellen.

StOVR Abel erläutert nochmals detailliert die Erforderlichkeit der Stellen und stellt fest, dass, wenn die Stellen nicht eingerichtet würden, die Aufgaben von externen Kräften erledigt werden müssten.

Bürgermeisterin Dr. Warnecke unterstützt den Antrag der Kämmerin ausdrücklich.

Stv. Stracke hätte sich eine Gegenüberstellung der eingeplanten Personalkosten und der Kosten für Externe gehabt. Darüber hinaus möchte er wissen, ob der interaktive Haushaltsplan durch die neue Stelle verbessert werden würde?

StOVR Abel stellt fest, dass der Wunsch nach einem interaktiven Haushaltsplan das gesamte Haushaltsplanaufstellungsverfahren auf den Kopf stellen würde. Der interaktive HP bedürfe eines Zusatzmoduls und für jeden Einzelnen jeweils Lizenzen. Insofern sei die neue Stelle hierfür nicht vorgesehen.

Stv. Stracke bittet um Beratung im HFA und um die bereits erwähnte Gegenüberstellung der Kosten.

Stv. Ruppert hat Probleme, den Bürgerinnen und Bürgern und seiner Fraktion zu erklären, dass Digitalisierung nicht für Vereinfachung Sorge, sondern drei neue Stellen erfordere.

Stv. Braun-Kohl kann die Argumente der Kämmerin gut nachvollziehen. Unter anderem drücke das Onlinezugangsgesetz. Des Weiteren freut sie sich, dass die Bearbeitung der Steuern digitalisiert werde.

Stv. Niklaus fragt, ob man die Arbeiten nicht extern vergeben könne, damit keine neuen Stellen geschaffen werden müssten.

StOVR Abel erläutert, dass wir uns in einem dynamischen Prozess befänden. Dementsprechend könne sie nicht sagen, ob eine externe Umsetzung möglich sei.

Stv. Günther kann die Ausführungen der Kämmerin in gewisser Weise teilen. Die Digitalisierung bringe beim Thema Steuern mehr statt weniger Arbeit.

Bürgermeisterin Dr. Warnecke erläutert, dass in der Kämmerei Vieles zusammenlaufe und aufgrund von fachlichen Bedarfen der Treiber der Digitalisierung in diesem Bereich sei. Dass Digitalisierung häufig mehr Arbeit verursache, könne man am Beispiel der digitalen Ratsarbeit sehen: alle Tablets müssten zunächst beschafft und später gewartet und unterhalten werden. Aufkommende Probleme müssten ständig behoben und regelmäßig Unterstützung geleistet werden.

Stv. Lukat bittet um Personalvergleiche zu anderen Städten und genaue Angaben zu Stellenwertigkeiten zum HFA.

Beschluss:

Zu diesem Sachverhalt wurde Beratungsbedarf angemeldet. Eine Beschlussempfehlung erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

4.5. Personalbedarfsfeststellung und Personalentwicklung für den Bereich der / Feuerwehr hier: - Auswirkungen der Rechtsprechung zu Bereitschaftszeiten im Einsatzführungsdienst - Auswirkung des Rettungsdienstbedarfsplan des Kreises Mettmann vom Vorlage: 32-2/008/2021

Protokoll:

Stv. Ruppert stellt fest, dass sicherlich alle Freunde der Feuerwehr seien. Jedoch verdoppele sich die Zahl der Belegschaft alle zehn Jahre und er glaubt, dass Städte wie Haan versäumt hätten, Spielräume zu schaffen. Eine freiwillige Feuerwehr werde hier langsam zur Farce.

Stv. Lemke weist darauf hin, dass das Thema im Fachausschuss bereits diskutiert und der Vorlage einstimmig zugestimmt worden sei.

Stv. Lukat verweist darauf, dass eine hauptamtliche Feuerwache teurer sei als eine freiwillige Feuerwache.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Digitalisierung, Organisation und Personal nimmt den Sachstand zur Personalsituation zu Kenntnis und empfiehlt im Stellenplan 2022 weitere 4 Stellen bereitzustellen. In den Folgejahren soll eine weitere Stellenanpassung unter Berücksichtigung der Rechtsprechung zu (Ruf-)Bereitschaftszeiten sowie entsprechend der Brandschutz- und Rettungsdienstbedarfsplanung erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

4.4. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2022
/ hier: Ausweisung der Stelle 32/50
Vorlage: 32-2/015/2021

Protokoll:

Bürgermeisterin Dr. Warnecke schlägt vor, den TOP im nichtöffentlichen Teil zu diskutieren.

Der Vorsitzende Stv. Lemke stellt daraufhin die Nichtöffentlichkeit her.

Nach der nicht öffentlichen Beratung des TOPs stellt der Vorsitzende Stv. Lemke die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her.

Stv. Lukat erklärt, dass die WLH gegen den Antrag stimmen werde, weil der Rat in 2009 einen ku-Vermerk angebracht hatte. Sollte die KGSt auf eine Bewertung nach A 14 kommen, bittet sie um einen Nachtragsstellenplan.

AM Sattler weist darauf hin, dass er Mitglied des Ausschusses sei und fragt, warum er während des nichtöffentlichen Teils nicht mehr zugeschaltet gewesen sei?

Der **Vorsitzende Stv. Lemke** bedauert, dass dies aus technischen Gründen nicht anders möglich sei.

Beschlussvorschlag:

Der Rat stimmt einer Ausweisung der Planstelle für die Stellen-Nr. 32/50 nach Besoldungsgruppe A 14 im Stellenplan 2022 zu. Die Stelle wird zusätzlich mit einem KU-Vermerk versehen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
10 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltungen

4.6. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2022

/ hier: **Personalbedarf im Rahmen der Erbringung von heilpädagogischen Leistungen in Form der Basisleistung I im Familienzentrum am Bollenberg**
Vorlage: 10/075/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die Aufnahme eines zusätzlichen Stellenanteils von 0,5 in der Entgeltgruppe S 8a/ S 9 im Stellenplan 2022, um die heilpädagogischen Leistungen in Form der Basisleistung I im Familienzentrum am Bollenberg erbringen zu können. Die Teilzeitstelle erhält einen KW-Vermerk.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
16 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

4.7. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2022

/ hier: **Einrichtung einer Stelle „Projektingenieur/in Freiraummanagement“ im Stellen-plan 2022, EG 11**
Vorlage: 10/076/2021

Protokoll:

Stv. Lukat kündigt an, dass die WLH der Vorlage nicht zustimmen werde. Die neue technische Dezernentin hätte eine organisatorische Überprüfung vornehmen müssen. Ursprünglich hätte der Leiter des Amtes 70 die beschriebenen Aufgaben erledigen sollen, stattdessen werde jetzt wieder neues Personal angefordert. Im Übrigen würde das Thema „Fördermittel“ nach Aussage von Frau Abel in der Kämmerei bearbeitet, wofür solle also eine neue Stelle eingerichtet werden?

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Einrichtung einer Stelle „Projektingenieur/in Freiraummanagement“ im Stellenplan 2022.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
13 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltungen

**4./ Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2022
Vorlage: 10/072/2021**

Beschluss:

Aufgrund noch bestehenden Beratungsbedarfs erfolgt zu TOP 4 keine Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**5./ Haushaltsplanberatungen 2022; Digitalisierung, Organisation und Personal
Vorlage: 20/037/2021**

Protokoll:

Abstimmungsergebnis zu Veränderungsanträgen der Verwaltung 1, 12 und 28:

einstimmig angenommen

Veränderungsantrag der Politik P 07:

zur Kenntnis genommen

Veränderungsantrag der Politik P 16:

Stv. Stracke geht es bei dem Antrag um einen interaktiven Haushaltsplan. Derzeit gebe es nur eine pdf.Datei und die sei schlechter zu handhaben als ein Haushaltsplan in Papierform. Im Übrigen bittet er um die Aufnahme von Vergleichen mit anderen Kommunen.

StOVR Abel weist darauf hin, dass die von Stv. Stracke gewünschten Möglichkeiten auch der interaktive Haushalt nicht biete. Des Weiteren würde die vorgeschlagene Vorgehensweise bei der Erstellung des Haushaltes alles komplett auf den Kopf stellen.

Stv. Stracke stellt infrage, ob wir den richtigen Anbieter hätten, denn andere Kommunen schafften dies auch. Vielleicht bräuchte man nicht mehr, sondern anderes Personal. Ziel der Digitalisierung sei es auch gewesen, bspw. Papier zu sparen und ggf. auch Personal in der Kanzlei. Es sei klar, dass die Digitalisierung an manchen Stellen mehr, an anderen Stellen aber auch weniger Personal erfordere. Der von StAR'in Esser geäußerten Bitte, Beispielkommunen zu benennen, werde er nachkommen.

Stv. Günther stellt fest, dass die Kämmerei weitere zusätzliche Verfahrensänderungen neben allen anderen Veränderungen nicht stemmen könne. Die GAL lehne den Antrag somit ab.

Stv. Lukat hat in den Dialogständen immer wieder festgestellt, dass die Bürger viel mit dem Haushalt arbeiteten und zurechtkämen. Insofern sehe sie hier keinen Bedarf für Verbesserungen. Vielleicht könne man im nächsten DOPA nochmal diskutieren, wenn Stv. Stracke die Beispielkommunen benannt habe und die dort verwendeten Programme bekannt seien.

Stv. Stracke möchte Vertreter der Firmen zum nächsten DOPA einladen. Er halte die Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Haushalts für wichtig, damit sich die Bürger dafür interessierten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
4 Ja / 13 Nein / 0 Enthaltungen

6./ Anschluss an ein Rechenzentrum

Vorlage: DIGI/001/2021

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Haan setzt im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes das Serviceportal der regio iT Gesellschaft für Informationstechnologie mbh ein.
2. Die Stadt Haan tritt der regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh bei und erwirbt die nötigen Genossenschaftsanteile.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

16 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

7./ Fehlzeitenstatistik der Stadtverwaltung Haan

Vorlage: 10/077/2021

Protokoll:

Stv. Lütz stellt fest, dass bei Krebserkrankungen oder Depressionen sehr wohl etwas vom betrieblichen Gesundheitsmanagement getan werden könne.

StOVR Titzer meint, dass die Hintergründe der Erkrankungen nicht immer bekannt seien. Der Arbeitgeber habe da deutliche Grenzen wegen des Datenschutzes und der freiwilligen Angabe der Betroffenen zu Krankheiten. Die Verwaltung arbeite aber mit EAP-Assist zusammen und biete dadurch erhebliche Unterstützung für die Betroffenen und deren Familienangehörige.

Beschlussvorschlag:

Der DOPA nimmt die Fehlzeitenstatistik 2020 der Stadtverwaltung Haan zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

8./ WLAN an Haaner Bahnhöfen
hier: Antrag des Jugendparlamentes vom 04.10.2021

Protokoll:

Stv. Dürr bezweifelt, ob die Stadt überhaupt zuständig sei und meint, dass dies doch die Bahn sein müsse.

Stv. Braun-Kohl bestätigt die Auffassung aus Erfahrung heraus, regt aber an, trotzdem eine Anfrage zu stellen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, eine Anfrage an die Deutsche Bahn AG bezüglich des Antrages des Jugendparlamentes zu senden.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

9./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

10./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.